



Presseinformation

Nr. 26.197

18.06.2026

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 21 – Schwimmstätten in Schleswig-Holstein

Dazu sagt der sportpolitische Sprecher der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, **Jasper Balke**:

Der Zustand unserer Schwimmstätten ist Folge eines jahrzehntelangen Infrastrukturstaus

Sehr geehrte Frau Präsidentin,
liebe Kolleg*innen,

zunächst einmal herzlichen Dank an die Landesregierung für die umfassende Beantwortung der Großen Anfrage und an die SPD-Fraktion für die Initiative dafür. Wenn wir uns die Große Anfrage anschauen, wird vor allem eines deutlich: Unsere Schwimmbäder haben vielerorts kein Nutzungsproblem, sie haben ein Investitionsproblem. Wer die Antworten liest, erkennt schnell ein Muster: Viele unserer Bäder stammen aus den 1950er-, 1960er- und 1970er-Jahren. Sie wurden über Jahrzehnte intensiv genutzt, haben Millionen Besuche ermöglicht und unzähligen Kindern das Schwimmen beigebracht. Doch genau diese Generation von Schwimmbädern kommt nun gleichzeitig in ein Alter, in dem umfangreiche Sanierungen oder sogar Ersatzneubauten notwendig werden.

Die Beispiele aus der Großen Anfrage sprechen eine klare Sprache: Pinneberg beziffert den Sanierungsbedarf auf über 18 Millionen Euro, die Schwimmhalle Schilksee wird für rund 19 Millionen Euro saniert, in Glückstadt stehen Investitionen von rund 11 Millionen Euro an und auf Föhr gilt das bestehende Bad inzwischen als technisch und baulich abgängig. Das sind Summen, die viele Kommunen aus eigener Kraft schlicht nicht mehr stemmen können.

Deshalb ist für mich – und das kam ja auch heute Morgen schon zur Sprache – ein Punkt ganz wichtig: Wenn ein 60 Jahre altes Schwimmbad heute einen Sanierungsbedarf von 15 oder 20 Millionen Euro aufweist, dann ist das nicht das Versagen einer einzelnen Kommune, sondern die Folge eines Infrastrukturstaus, der sich über Jahrzehnte aufgebaut hat. Heute befinden sich Kommunalpolitiker*innen vielfach in der Situation zu entscheiden, welche eigentlich pflichtigen Aufgaben sie zuerst kürzen sollen, und sind gar nicht mehr zu langfristigen Investitionsplanungen

befähigt, weil die Herausforderungen vor Ort einfach nicht mehr mit den aktuellen Finanzsituation zu bewältigen sind.

Genau aus diesem Grund unterstützen wir die Kommunen bereits heute auf unterschiedlichen Wegen bei der Schwimmsportinfrastruktur. Allein über den kommunalen Finanzausgleich stellt das Land den Trägern kommunaler Schwimmbäder jährlich rund 7,5 Millionen Euro für die Betriebskosten zur Verfügung. Hinzu kommen 25 Millionen Euro für Neubau und Erweiterung von Schwimmstätten aus dem Infrastruktur-Sondervermögen; insgesamt fließen 62,5 Prozent der Mittel dieses Sondervermögens direkt an die Kommunen. Das ist richtig so, denn dort werden die Aufgaben bewältigt und dort müssen wir auch die finanziellen Handlungsspielräume stärken.

Und, liebe Kolleg*innen, ich habe das bereits in mehreren Runden auch mit dem Landessportverband deutlich gemacht: Sportförderprogramme sind schön und auch richtig, solange es den Kommunen finanziell weiterhin so schlecht geht wie jetzt. Doch eigentlich sind es genau diese Förderprogramme, die zu überbordender Bürokratie, langen Verwaltungsprozessen und ausbleibenden Investitionen führen. Denn solche fachbezogenen Förderprogramme sind aus meiner Sicht nur begrenzt gerecht, das zeigen ja auch die Reaktionen auf unsere 25 Millionen Euro Mittel aus dem Sondervermögen. Ich habe das als Abgeordneter sehr unterstützt und mich sehr darüber gefreut. Doch ich möchte die Problematik als Lübecker Abgeordneter einmal verdeutlichen. Denn die Hansestadt Lübeck hat seine Bäder und zuletzt 23/24 sein Sportbad sehr umfangreich saniert und ist in diesem Bereich durch die Priorisierung in den letzten Jahren vergleichsweise gut aufgestellt, hat aber nun einen enorm hohen Sanierungsstau bei den Schulen. Der Logik der Förderprogramme folgend, müsste ich jetzt eigentlich ein Landesförderprogramm für die Schulen fordern, doch ich bin zutiefst davon überzeugt, dass wir diesem Wirrwarr von um die 1000 unterschiedlichen Förderprogrammen durch EU, Bund und Ländern ein Ende bereiten und das darin enthaltene Geld besser pauschal an die Kommunen verteilen sollten, wie wir es auch bei den Mitteln über das Sondervermögen zu 62,5 Prozent getan haben.

Deshalb sollten wir die Große Anfrage nicht als Einladung für parteipolitische Schuldzuweisungen verstehen, sondern als Auftrag, die Kommunen dauerhaft in die Lage zu versetzen, ihre Infrastruktur zu erhalten, als Auftrag, Investitionen nicht immer weiter aufzuschieben, bis Schließungen drohen, und als gemeinsamen Auftrag, dafür zu sorgen, dass jedes Kind in Schleswig-Holstein schwimmen lernen kann.

Denn Schwimmbäder sind weit mehr als nur Sportstätten: Sie sind Orte der Bildung, der Gesundheit, der Prävention und des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Genau deshalb bleibt die Stärkung unserer kommunalen Schwimminfrastruktur eine gemeinsame Aufgabe von Bund, Land und Kommunen.

Vielen Dank.

**Landtagsfraktion
Bündnis 90/Die Grünen Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

T 0431 988 1503
M 0172 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
sh-gruene-fraktion.de